Es geht auch anders!

Gemeinsam für Schutz und Zusammenhalt

MEMORANDUM FÜR EINEN STARKEN FLÜCHTLINGSSCHUTZ

75 Jahre Genfer Flüchtlings-konvention

Es geht auch anders!

Gemeinsam für Schutz und Zusammenhalt

Herausgegeben von:

Amnesty International Deutschland e.V.
AWO Bundesverband e.V.
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
Diakonie Deutschland – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Handicap International Deutschland e.V.
PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.

Danksagung:

Das Memorandum ist unter Beteiligung vieler Menschen entstanden, unter anderem im Rahmen von Ideen- und Brainstorming-Workshops zur Entwicklung der gemeinsamen Zukunftsvision. Besonderer Dank gilt Jackie Schöneck (BKMO), Ansgar Gilster und Ruben Neugebauer, die das Memorandum durch ihr Feedback bereichert haben. Ebenso danken die Herausgeber*innen Gesine Schmidt-Schmiedbauer und Philip Doyle von one step beyond für die wertvollen Impulse und die gute Zusammenarbeit.

Layout: Ole Kaleschke

Veröffentlicht im Juni 2026

FÜR EINEN STARKEN FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Menschenrechte sind die Grundlage unseres Zusammenlebens. Sie setzen dort an, wo sich alle wiedererkennen: im Wunsch nach Sicherheit und einem Leben in Würde. Ein friedliches Miteinander gelingt also nur dort, wo jede und jeder die eigenen Rechte tatsächlich wahrnehmen kann.

Mit der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention vor 75 Jahren wurde genau dieser Anspruch völkerrechtlich verankert: Verfolgte Menschen finden Schutz. Staatliche Grenzen stehen dem Recht des Einzelnen auf ein Leben in Sicherheit und Würde nicht entgegen. Gerade in Zeiten wie heute ist die Einlösung dieses Versprechens eine große Herausforderung, der wir uns als unterzeichnende Organisationen täglich stellen. Und wir sind überzeugt: Ein Flüchtlingsschutz, der diesem Anspruch gerecht wird, ist möglich.

Was dafür gestärkt werden muss, ist das, was uns als Gesellschaft trägt: Solidarität, Respekt im Umgang miteinander und die Bereitschaft, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Das ist die Basis für einen Flüchtlingsschutz, der für alle funktioniert und das Zusammenleben insgesamt verbessert.

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN UND REALITÄTEN

Aktuell wird jedoch ein anderer Weg beschritten. Flucht und Migration werden gezielt zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert, Geflüchtete werden zu Feindbildern und als Gefahr für die Sicherheit oder den Wohlstand des eigenen Landes dargestellt. In der Folge werden ihnen grundlegende Rechte verweigert, um vermeintliche Sicherheit und Kontrolle zu schaffen. Doch nicht nur wird damit ein gefährlicher Nationalismus befeuert, sondern auch ein spaltendes »Wir gegen die Anderen« zum politischen Prinzip erhoben.

Dies führt konkret zu drei Entwicklungen, die wir mit großer Sorge beobachten.

Erstens entsteht eine menschenrechtlich höchst problematische Gesetzgebung: Die neue europäische Asylgesetzgebung erlaubt den Staaten weitreichende Einschränkungen von Rechten, darunter die Inhaftierung von Familien mit Kindern und anderen vulnerablen Personen, wie Menschen mit Behinderungen, sowie Abschiebungen in angeblich sichere Drittstaaten. Ebenso kann Geflüchteten teilweise das menschenwürdige Existenzminimum entzogen werden.

Zweitens werden Schutzsuchende und Unterstützer*innen europaweit kriminalisiert und unter Druck gesetzt, Gerichtsurteile ignoriert und Mittel für den Flüchtlingsschutz gekürzt.

Drittens nehmen traumatische Abschiebungen und Gewalt an den Grenzen zu: An den EU-Außengrenzen werden Schutzsuchende von Grenzpolizisten oder Spezialeinheiten abgedrängt, bedroht, geschlagen und am Erreichen der EU gehindert. Auch in Deutschland finden Abschiebungen aus geschützten Räumen wie Schulen und Krankenhäusern statt. In den USA ziehen Regierungsangestellte Menschen aus ihren Häusern oder inhaftieren sie auf dem Weg zur Schule oder Arbeit.

WAS DAS KONKRET FÜR GEFLÜCHTETE BEDEUTET

In unseren Beratungsangeboten erleben wir Menschen, die eine oft jahrelange und gefährliche Flucht hinter sich haben. Sie sind unserem Eindruck nach erschöpft und stehen einem Asylverfahren gegenüber, das komplex und für sie kaum nachvollziehbar ist. Viele haben an den europäischen Außengrenzen Gewalt erfahren; sichtbar an den Spuren von Schlägen oder Erfrierungen. Oft weniger sichtbar sind die seelischen Verletzungen, die sie mitbringen.

In den Unterkünften, in denen wir arbeiten, leben Menschen, die über Monate oder Jahre hinweg zur Untätigkeit gezwungen sind, ohne Aufgabe, ohne Perspektive, ohne die Möglichkeit, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Dieses erzwungene Nichtstun kann zermürben.

Nach unseren Beobachtungen stellen Abschiebungen tiefgreifende Eingriffe in das Leben der betroffenen Menschen dar, besonders wenn Kinder involviert sind. Abholungen erfolgen in Deutschland meist unangekündigt und häufig nachts. Dies belastet vor allem die unmittelbar Betroffenen, aber auch andere Bewohner*innen der Unterkünfte sowie die dortigen Mitarbeitenden. Zudem kommt es vor, dass Menschen direkt von ihrem Arbeitsplatz, aus Krankenhäusern oder psychiatrischen Einrichtungen heraus abgeschoben werden.

ES GEHT AUCH ANDERS!

Was uns Mut macht: Viele Menschen in Deutschland und weltweit teilen unsere Überzeugung, dass Flüchtlingsschutz auf Grund- und Menschenrechten gründen muss, und setzen sich tagtäglich für eine Politik ein, die in der Zukunft genau das umsetzt.

Weltweit stehen Menschen für ihre eigenen Rechte ein und setzen diese durch. In Europa und Deutschland setzen sich nach wie vor viele Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung leidenschaftlich für ein wertegeleitetes Europa der Menschenrechte ein. Seenotrettungsorganisationen retten Leben im Mittelmeer. Berater*innen, Sozialarbeiter*innen, Ehrenamtliche, Lehrer*innen, Unternehmer*innen, Freund*innen und Nachbar*innen sorgen mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement Tag für Tag dafür, dass Geflüchtete hier Schutz und Perspektiven finden. In den USA stellen sich ganze Gemeinden schützend vor ihre Nachbar*innen.

Dort, wo Restriktionen für Schutzsuchende und Migrant*innen unzumutbare Situationen schaffen, finden sich Betroffene und Unterstützer*innen solidarisch zusammen. Sie entwickeln Initiativen wie Tandemprogramme, Sprachcafés, gemeinsame Kochabende und ehrenamtliche Beratungsangebote. Sie stärken nachbarschaftliche Beziehungen und tragen tagtäglich zu einer lebendigen und widerstandsfähigen Zivilgesellschaft bei.

VON SCHUTZ ZU TEILHABE

Viele Geschichten zeigen: Schutz und Teilhabe bedingen einander. Wir wollen, dass Menschen sicher und ohne Gefahr einreisen können, sich im Asylverfahren gut unterstützt und orientiert fühlen und von Beginn an ihre Potenziale und Fähigkeiten entfalten dürfen. Das macht uns als Gesellschaft vielfältiger und stärker.

„Ich habe auf der Flucht viel verloren, aber nie meinen Willen. Heute stehe ich stark, weil Menschen an mich geglaubt haben. Jetzt glaube ich an mich selbst." — **Weam** ist 19 Jahre und wohnt in Saarbrücken. Sie ist als Kind mit ihrer Familie aus Syrien geflohen. Bei der Fahrt über das Mittelmeer ist ihre Mutter ertrunken. Das ist bis heute für die ganze Familie ein unfassbar schmerzhafter Verlust. In einer Beratungsstelle wurde sie ermutigt, in einem Kindergarten ein Praktikum zu machen. Heute macht sie eine Ausbildung als Erzieherin und fördert Kinder in ihrer Entwicklung.

„Deutschland ist Heimat für mich geworden. (…) Wie ich denke, passt zu Deutschland. Deshalb fühle ich mich hier so wohl. Ich kann geradeheraus sagen, was ich denke, und einfach so sein, wie ich will." — **Nasrins** Familie kommt aus Afghanistan, aber sie ist im Iran aufgewachsen. Mit 18 kam sie nach Deutschland, lebt heute in Stuttgart, studiert Mathe und Physik auf Lehramt und engagiert sich ehrenamtlich für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien.

„Ich bin stolz auf mich und auf das, was ich geschafft habe. Vor zehn Jahren hatte ich nichts, jetzt bin ich zweifacher Vater, habe Verantwortung für meine Familie und im Beruf… Ich fühle mich als Deutscher, egal was die anderen sagen. (…) Aber ich bin sehr dankbar, dass Deutschland mich aufgenommen hat, dass ich hier leben darf. Mir wurde viel gegeben, jetzt will ich etwas zurückgeben. Ich tue das, indem ich arbeite und Steuern zahle." — **Abdisamed** ist vor zehn Jahren aus Somalia geflohen: In Deutschland anzukommen, war für ihn ein langsamer Prozess. Neben dem Sprachkurs war ein spezielles Ausbildungsprogramm

für Flüchtlinge der Stadt Frankfurt für ihn entscheidend. Nun arbeitet er seit neun Jahren beim Industriekonzern Samson und macht eine Weiterbildung zum Maschinenbau-Techniker.

„Es war ein Freitag Ende Mai, da habe ich richtig gefeiert. An diesem Tag habe ich Bescheid bekommen, dass ich meine Ausbildung bestanden habe – und am gleichen Tag habe ich endlich meinen deutschen Perso und Reisepass in den Händen gehalten. (…) Aber Deutschland als Heimat zu bezeichnen, fällt mir trotzdem schwer. Einfach wegen der politischen Stimmung und dem Rassismus, den ich erlebe, vor allem im Netz. (…) Die Erfahrungen, die ich gemacht habe, motivieren mich, gegen so etwas anzukämpfen. (…) In einem Team mit anderen Leuten mache ich nebenbei als Freiberufler Awareness-Arbeit, sensibilisiere also für rassistische Muster und Strukturen." — **Othman** war 15, als er aus dem Irak nach Deutschland floh. Er hatte seine Heimatstadt Bagdad vorher nie verlassen, dementsprechend schwierig war sein Weg. Dass er in eine Pflegefamilie kam, hat ihm das Ankommen in Deutschland enorm erleichtert.

Ein solcher Flüchtlingsschutz ist möglich. Wir wollen über die Umsetzung reden, was es dazu braucht und was wir dafür tun müssen. In den folgenden fünf Handlungsfeldern geht es nicht um rechtliche Mindeststandards, sondern wir entwickeln eine ambitionierte gesellschaftliche Vision und geben konkrete Impulse für die politische Diskussion.

1. GLOBALEN SCHUTZ SCHAFFEN
2. SICHERE FLUCHTWEGE ERMÖGLICHEN
3. FAIRE ASYLVERFAHREN UND AUFENTHALTSPERSPEKTIVEN BIETEN
4. GUTE STARTBEDINGUNGEN DURCH SOZIALE RECHTE
5. TEILHABE UND MITBESTIMMUNG – GESELLSCHAFT GEMEINSAM GESTALTEN

I. GLOBALEN SCHUTZ SCHAFFEN

Es gibt bereits zahlreiche Grundlagen für einen rechtebasierten und solidarischen Flüchtlingsschutz – jetzt geht es um deren Umsetzung. Der Schlüssel liegt in der Stärkung internationaler Vereinbarungen, in einem globalen Fonds für den Flüchtlingsschutz und in einer fairen, verbindlichen Verantwortungsteilung. So entsteht weltweit verlässlicher Schutz und zugleich wird ein regelbasiertes, auf Menschen- und Völkerrecht fußendes Zusammenleben gestärkt, wovon alle profitieren.

Eines ist dabei grundlegend: Geflüchtete gestalten den Flüchtlingsschutz mit. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen machen den Flüchtlingsschutz besser für alle.

Das wird erreicht durch:

1. Weltweite Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention

Die GFK wird weltweit ratifiziert und konsequent angewendet. Das bedeutet, Standards einzuhalten, indem gleiche Aufnahmebedingungen, Perspektiven und Zugänge weltweit geschaffen werden. Staaten verfolgen gemeinsam das Ziel, weltweit Schutz zu garantieren, ohne dass dies zulasten anderer Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit geht. Zudem werden der regionvale Austausch und regionale Lösungen gestärkt. Staaten übernehmen aktiv Verantwortung und versuchen nicht, diese anderen Ländern aufzudrängen.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* Abschaffung des Konzepts sicherer Drittstaaten.

2. Ein globaler Fonds für den Flüchtlingsschutz

Ein globaler Fonds sichert die Finanzierung von Aufnahme, Versorgung und Perspektiven von Geflüchteten weltweit. Bei größeren Fluchtbewegungen können schnell Soforthilfen aktiviert werden. So können alle Staaten gute Aufnahmebedingungen schaffen. Klare Kriterien zur Verwendung und ein effektives Monitoring garantieren den sinnvollen Mitteleinsatz.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* Umsetzung und Ausbau des Globalen Pakts für Flüchtlinge, insbesondere bezüglich der Finanzierung des UN-Flüchtlingswerks UNHCR und der Unterstützung von Erstaufnahmeländern.

3. Verbindliche und faire Verantwortungsteilung

Alle Staaten tragen zu einem gelingenden Flüchtlingsschutz bei. In verbindlichen Vereinbarungen wird festgelegt, welchen Beitrag jeder Staat zur Aufnahme Schutzsuchender leistet, etwa durch Resettlement-Plätze oder finanzielle Unterstützung von Erstaufnahmestaaten über den Globalen Fonds. Die Vereinbarungen sind überprüfbar und an klaren Fristen orientiert. Der jeweilige Beitrag orientiert sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Bevölkerungsgröße und der historischen wie strukturellen Mitverantwortung jedes Staates für globale Fluchtursachen.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* Stärkung und Ausbau des europäischen Solidaritätsmechanismus als erstes Beispiel für einen entsprechenden Mechanismus.

II. GEWALTFREIE GRENZEN UND SICHERE FLUCHTWEGE ERMÖGLICHEN

Vor Verfolgung oder Krieg zu fliehen, ist immer gefährlich – Fluchtrouten und Grenzen müssen es aber nicht sein. Das Ziel ist klar: Kein Mensch sollte auf der Flucht sterben. An unseren Grenzen sollen Menschen würdevoll und mit Respekt behandelt und ihre Rechte geachtet werden.

Humanitäre Aufnahmeprogramme und Resettlement ermöglichen bereits vielen Menschen eine sichere Ankunft, durch Seenotrettung werden tagtäglich Leben gerettet. Doch das reicht nicht aus. Was wir brauchen, sind mehr sichere und reguläre Fluchtmöglichkeiten – in der EU und darüber hinaus. Staatsgrenzen sind keine rechtsfreien Räume, Grund- und Menschenrechte müssen auch dort konsequent eingehalten werden - insbesondere das Recht, Asyl zu suchen.

Aus unserer Arbeit in Aufnahme- und Resettlementprogrammen wissen wir: Menschen starten besser in ein neues Leben, wenn sie unversehrt, in Sicherheit und Ruhe ankommen können, gemeinsam mit ihren Familien und mit einer klaren Perspektive für ihre nahe Zukunft. Für alle Beteiligten bedeutet das mehr Planbarkeit. Aufnahme gelingt vor Ort besser, und auch die Aufnahmebereitschaft in der Gesellschaft steigt wieder.

Das kann erreicht werden durch:

1. Staatliche Seenotrettung kommt ihrer Verpflichtung nach

Das übergeordnete Ziel ist Prävention – also zu verhindern, dass Schutzsuchende überhaupt in Seenot geraten. Das gelingt durch den konsequenten Ausbau legaler, sicherer und zugänglicher Zufluchtswege. Wer dennoch in Seenot gerät, wird von staatlicher Seenotrettung gerettet. Zivile Seenotrettung wird auf diesem Weg perspektivisch nicht mehr nötig sein – weil lebensgefährliche Routen ihre Bedeutung verlieren, nicht, weil Hilfe verhindert wird.

Worüber wir jetzt reden wollen: eine auf Rettung für alle ausgerichtete staatliche Seenotrettung.

2. Sicherstellung der Rechtsstaatlichkeit an den Grenzen

Der Schutz der Grund- und Menschenrechte und die Justiziabilität staatlichen Handelns bilden das Fundament europäischer Politik und sie werden auch an den Außengrenzen ausnahmslos gewährleistet. Der Zugang zum individuellen Asylverfahren ist an allen Grenzübergängen garantiert. Geschultes Grenzpersonal stellt die notwendigen Informationen zur Verfügung.

Worüber wir jetzt reden wollen: die konsequente Durchsetzung des Verbots, Geflüchtete durch Grenzpolizei, Küstenwachen oder durch staatliche Kooperation mit Drittstaaten gewaltsam zurückzudrängen.

3. Sichere und legale Einreise für alle Schutzsuchende

Schutzsuchende können sicher und ohne Kriminalisierung in die EU und nach Deutschland einreisen. Die bisherige Praxis, nach der die Einreise häufig als unerlaubt gilt und strafrechtlich verfolgt wird, entfällt. Irregularität entsteht nicht mehr durch restriktive Einreise- und Visapolitik, sondern wird durch rechtmäßige und humanitär gestaltete Zugänge wirksam verhindert.

Worüber wir jetzt reden wollen: die Abschaffung der Strafbarkeit der irregulären Einreise für Asylsuchende im Aufenthaltsgesetz.

4. Vielfältige Infrastruktur für legale Einreisewege

Die Wege zum Flüchtlingsschutz brauchen Vielfalt statt enger Bahnen. Dafür braucht es eine vielfältige Infrastruktur legaler Zugänge: das Asyl durch Spontaneinreise, das Botschafts- und Konsulatsasyl, Resettlementverfahren durch UNHCR, humanitäre Aufnahmeprogramme, Naming-Verfahren mit Garantien durch Kommunen, Zivilgesellschaft oder Familien

sowie temporäre Schutzgewährung bei akuten Krisen. Auch ein effektiver Familiennachzug, einschließlich des Geschwisternachzugs, gehört dazu. Diese Wege ergänzen sich und werden nicht gegeneinander ausgespielt.

Worüber wir jetzt reden wollen: Wiederaufnahme der deutschen Resettlementquote sowie aktuell ausgesetzter Familiennachzugsverfahren.

5. Freie Wahl des Schutzorts ermöglichen

Integration gelingt dort am besten, wo Menschen Perspektiven haben. Schutzsuchende sollten selbst wählen, an welchem Ort in der Europäischen Union ihr Asylverfahren stattfinden soll. Familienbindungen, Sprache, Bildung und Arbeit werden damit automatisch berücksichtigt. Zwangszuweisungen sind abgeschafft, da sie Sekundärmigration erzeugen und wertvolle Integrationszeit verschwenden. Ermöglicht wird dies durch effektive, vor allem finanzielle Verantwortungsteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Ankünfte werden solidarisch gesteuert und gute Aufnahmebedingungen verpflichtend hergestellt.

Worüber wir jetzt reden wollen: grundlegende Reform der Zuständigkeitskriterien in der EU.

6. Ausbau der zirkulären Migration

Flüchtlingsschutz und Migration sind nicht dasselbe – aber sie verdienen die gleiche Haltung. Der Ausbau zirkulärer Migration für Arbeit, Ausbildung oder projektbezogene Aufenthalte schafft legale Mobilität und reduziert den Druck auf Asylverfahren. Visumsfreie Einreise oder umfassende Visaerleichterungen machen Mobilität zur Normalität. Wer sich bereits in Deutschland befindet, muss kein Visumsverfahren nachholen, wenn alle Voraussetzungen vorliegen.

Worüber wir jetzt reden wollen: erleichterte Mobilität für Arbeitskräfte aus Drittstaaten, u.a. durch die vermehrte Ausstellung von Multiple-Entry-Visa.

III. FAIRE UND EFFIZIENTE ASYLVERFAHREN UND LANGFRISTIGE AUFENTHALTSPERSPEKTIVEN SICHERSTELLEN

Faire Verfahren sind für jeden Menschen wichtig, im Asylrecht sind sie der Kern. Wenn sie qualitativ hochwertig sind, kann zuverlässig erkannt werden, wer vor Krieg, Verfolgung oder anderer Not flieht und Schutz braucht. Aus unserer Arbeit wissen wir, wie wichtig faire Verfahren sind – für Asylsuchende ebenso wie für die Gesellschaft. Wo Schutzsuchende Raum haben, bestmöglich von ihren Erlebnissen zu berichten, wo sie bei der Aufarbeitung ihrer Fluchtgeschichte unterstützt und ihre Gesuche unvoreingenommen geprüft werden, fühlen sie sich ernst genommen und gesehen. Das macht Verfahren auch effizienter, stützt die Akzeptanz von Entscheidungen, stärkt den Rechtsstaat und entlastet Behörden und Gerichte.

Wichtig ist: Auch bei einem nicht erfolgreichen Asylverfahren ist es sinnvoll, den Menschen, die schon hier sind, weitere Perspektiven zu eröffnen. So können Geflüchtete ihre Erfahrungen und Fähigkeiten in die Gesellschaft einbringen und ihre Zukunft selbständig gestalten. Zwangsmaßnahmen wie Haft oder Abschiebungen sind dann kaum noch nötig. Die Praxis zeigt, was es dafür braucht: gute Begleitung und Beratung, mit denen sich gemeinsam Wege identifizieren und Pläne entwickeln lassen.

Das wird erreicht durch:

1. Sicherstellung qualitativ hochwertiger Asylverfahren und effektiver Rechtsschutz

Faire Asylverfahren sind gründlich und unvoreingenommen. Das bedeutet: Die Anhörung findet in einer vertrauensvollen Atmosphäre statt, mit ausreichend Zeit und qualifizierter Sprachmittlung. Wer besondere Unterstützung braucht, etwa aufgrund von Traumata oder einer Behinderung, bekommt geschulte Anhörer*innen und verständliche Information. Die Anhörenden fragen gezielt und einfühlsam nach, um zu verstehen, warum jemand Schutz braucht. Asylrechtliche Entscheidungen beziehen

internationales Menschenrecht und aktuelle Rechtsprechung ein. Diese Standards müssen flächendeckend und im Sinne aller Beteiligten eingehalten werden. Die Kosten für medizinische Gutachten und Atteste trägt der Staat und wer andere Dokumente braucht, um seinen Schutzanspruch zu belegen, wird dabei unterstützt. Zivilgesellschaft, Gremien mit Geflüchteten und Behörden tauschen sich regelmäßig aus, um Verfahren gemeinsam zu verbessern.Schutzsuchende haben in jedem Verfahrensstadium Zugang zu einem rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* statt beschleunigter Verfahren, wie Grenzverfahren und Verfahren für Menschen aus als sicher eingestuften Herkunftsländern, wird jedes Asylgesuch gründlich geprüft.

2. Ein schutzorientiertes europäisches Asylsystem

EU-weit gelten dieselben hohen Standards für Asylverfahren und die Mitgliedstaaten unterstützen sich gegenseitig dabei, sie zu gewährleisten. Dafür braucht es eine schutzorientierte Ausgestaltung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Wo Regelungen des GEAS in Konflikt mit den Rechten von Schutzsuchenden und der Qualität des Asylverfahrens stehen, werden sie geändert. Nach der Anerkennung können Flüchtlinge sich in der EU frei bewegen und niederlassen. Grundlage dafür ist ein in der ganzen Union gültiger Flüchtlingsstatus, der bereits in den EU-Verträgen angelegt ist.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* konsequente Ahndung von Vertragsverletzungen der Mitgliedstaaten durch die Europäische Kommission – vor allem bei Zurückweisungen an Grenzen und bei der Aussetzung des Asylrechts.

3. Sicherstellung einer durchgängigen individuellen Fallbegleitung

Jede schutzsuchende Person erhält eine individuelle Fallbegleitung. Dafür braucht es geschulte Begleiter*innen, die Schutzsuchende über ihre Rechte und Pflichten informieren, mit Behörden kommunizieren und medizinische oder therapeutische Versorgung sicherstellen. Die Begleitung berät vertrauensvoll auch über das Asylverfahren hinaus. Sie erfolgt über unabhängige und auskömmlich finanzierte Träger, auch aus migrantischen Communities, die eigene Erfahrung und Sprachkenntnisse mitbringen.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* bedarfsgerechte Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Unterstützungs- und Beratungsangeboten, unter anderem der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung.

4. Perspektiven nach dem Asylverfahren

Ein Aufenthaltstitel nach Schutzzuerkennung muss nicht verlängert werden und wird ohne Wohnortauflagen erteilt. Nach einem Widerruf oder einer Ablehnung im Asylverfahren besteht die Möglichkeit zur alternativen Aufenthaltssicherung, etwa über Ausbildung, Arbeit oder andere bedarfsgerechte Wege, die auch Menschen mit Behinderung, pflegenden Angehörigen oder Alleinerziehenden offenstehen. Wenn alle Möglichkeiten ausgelotet wurden, kann eine Rückkehr die bevorzugte Lösung sein – freiwillig, in Würde und auf Basis eines gemeinsam erarbeiteten Plans. Die freiwillige Ausreise hat immer Vorrang gegenüber einer zwangsweisen Abschiebung.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* Asylsuchende erhalten im Asylverfahren oder innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach einer Ablehnung die faire Option auf einen Spurwechsel.

IV. GUTE STARTBEDINGUNGEN DURCH SOZIALE RECHTE

Jede*r kennt das: In einer neuen Umgebung anzukommen ist herausfordernd: Kontakte müssen neu geknüpft, oft eine neue Sprache gelernt werden, dazu kommt die Suche nach Wohnung, Arbeit oder einem Kitaplatz. Alleine ist das kaum zu schaffen. Was man dabei braucht, sind unterstützende Strukturen und starke soziale Rechte, die einen auch durch herausfordernde Zeiten tragen.

Für Geflüchtete bedeutet das konkret: Ankommen in Sicherheit und Ruhe, rasche Orientierung, die Möglichkeit, vorhandene Potenziale und Fähigkeiten einzubringen – und Wege ins gesellschaftliche Miteinander.

Eine gute Aufnahme von Geflüchteten ist für uns alle wichtig. Ruhe und Stabilität beugen Konflikten vor. Die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders erhöht die Lebensqualität für uns alle. Wenn Geflüchtete von Anfang an ihre Talente und Fähigkeiten einsetzen können, profitieren alle, im Miteinander und auch wirtschaftlich. Dafür braucht es Investitionen in die Daseinsvorsorge, in den Sozialbau und in Schulen, die für alle offenstehen. Ein gleicher Zugang zu Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und Teilhabe spart zudem langfristig Kosten.

Das wird erreicht durch:

1. Zugang zu existenzsichernden Sozialleistungen

Wer abgesichert ist und sich nicht um die materielle Existenz sorgen muss, kann sich auf das Ankommen konzentrieren. Es braucht daher einen gleichberechtigten Zugang zu existenzsichernden Sozialleistungen, Krankenversicherung und Teilhabeleistungen, etwa Schulbegleitung oder persönlicher Assistenz, damit Schutzsuchende entsprechend ihrer individuellen Bedarfe wirksam unterstützt werden und gleichberechtigt teilhaben können. Sichere Fluchtwege ergänzen das: Wer nicht Unsummen

für die Flucht bezahlen muss, startet mit mehr eigenen Ressourcen. So gelingt das Ankommen besser, schneller und für alle effizienter. Studien zeigen, dass sich eine gute Versorgung langfristig auch finanziell auszahlt.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* das menschenwürdige Existenzminimum wird für alle effektiv und diskriminierungsfrei von Anfang an gewährt.

2. Dezentrale, bedarfsgerechte und barrierefreie Unterbringung

Geflüchtete sollen dort ankommen können, wo sie Ressourcen und Kontakte finden, durch die freie Wahl des Wohnorts und der Unterbringungsart. Wo es zunächst eine Unterbringung braucht, wird sie dezentral, bedarfsgerecht und barrierefrei umgesetzt, möglichst in eigenen Wohnungen. Das ermöglicht Kontakte von Tag eins, bietet Sicherheit und Stabilität und erhöht die Chance auf ein selbständiges Leben. Gewaltschutzstandards sind etabliert; Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und queere Personen werden in ihren Rechten geschützt. Die Infrastruktur für den Flüchtlingsschutz ist vielseitig nutzbar und verbessert die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in der Kommune oder Region, nicht ausschließlich von Geflüchteten.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* staatliche Unterbringung ist nicht als Pflicht, sondern als Angebot ausgestaltet.

3. Gute Startbedingungen durch unterstützende Strukturen

Sprachkenntnisse sind die Grundvoraussetzung für ein gelingendes Ankommen, ein friedliches Zusammenleben und die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Durch den sofortigen Zugang zu kostenfreien, bedarfsgerechten und barrierefreien Sprachkursen kann direkt damit begonnen werden, die Sprache zu lernen. Durch eine gut ausgebaute, inklusive Kinderbetreuung, die passende Angebote umfasst, sind diese Strukturen für alle zugänglich.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* Zugang zu Integrationskursen für alle von Anfang an.

4. Perspektiven durch Bildung und Arbeitsaufnahme

Alle Kinder erhalten direkt nach der Ankunft eine Perspektive durch inklusiven Zugang zu gleicher Bildung in Regelschulen und Kitas. Die Unterstützung geflüchteter Kinder haben alle fest im Blick, sowohl bei Bildungsinhalten, deren Vermittlung sowie dem Zusammenleben im Schulalltag. Durch eine Arbeitserlaubnis von Anfang an gelingt der Einstieg auf dem Arbeitsmarkt schneller. Eine intensive Betreuung, Qualifizierungsmaßnahmen und eine effiziente und pragmatische Anerkennung von Berufserfahrung unterstützen dabei, die eigenen Fähigkeiten bestmöglich zu realisieren. Gut ausgebaute Betreuungsangebote erlauben vor allem Alleinerziehenden einen schnelleren Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Bedarfsgerechte Angebote ermöglichen ihnen genauso wie etwa Menschen mit Behinderungen, pflegenden Angehörigen und älteren Personen Zugang zu Erwerbstätigkeit. Durch jede Erwerbstätigkeit kann der Aufenthalt langfristig gesichert werden.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* sofortiger und uneingeschränkter Arbeitsmarkt- und Bildungszugang für alle.

V. TEILHABE UND MITBESTIMMUNG – GESELLSCHAFT GEMEINSAM GESTALTEN

Jeder Mensch möchte gesehen werden, sich zugehörig fühlen können und mitgestalten, was ihn betrifft. Genau das macht eine Gesellschaft stark: dass unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen sichtbar sind und eingebracht werden können. Für Schutzsuchende ist der Zugang hierzu oft schwer oder sogar versperrt. Wir wissen jedoch, wie wichtig Teilhabe und Mitbestimmung dafür sind, sich als Teil einer Gesellschaft zu empfinden – ein entscheidender Aspekt eines gelingenden Flüchtlingsschutzes.

Die Gesellschaft wird dadurch zugleich lebenswerter. Austausch und Perspektivwechsel machen aus ihr etwas Gemeinsames und Zukunftsfähiges. Das Zusammenleben in der Kommune oder Nachbarschaft wird stärker und vielfältiger. Demokratischen Prozessen wird stärker vertraut. Starre Strukturen kommen in Bewegung, weil unterschiedliche Kulturen, Sprachen und Lebenswege neue Lösungen sichtbar machen.

Teilhabe und Mitbestimmung gelingen auf diesem Weg:

1. Politische Stimme stärken

Die Stimmen geflüchteter Menschen sind Teil der gesellschaftlichen Normalität. Schutzsuchende erhalten möglichst frühzeitig das aktive Kommunal-Wahlrecht, damit diese Stimme sichtbar wird und Positionen, Prioritäten und Lebensumstände gespiegelt werden. Alle, die die Gesellschaft miterleben und mitgestalten, stärken die Demokratie, auch mit ihrer politischen Stimme.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* Einführung mindestens des kommunalen Wahlrechts für alle, die sich rechtmäßig seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten.

2. Institutionen für alle öffnen

Alle Bevölkerungsgruppen sind in der Gesellschaft repräsentiert und sichtbar – in der Verwaltung, in Schulen, in Behörden und in Unternehmen. Alle erkennen Machtverhältnisse und Ausschlüsse, können sie benennen und verändern, weil sich kontinuierlich mit Rassismus, Ableismus und Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sozialer Lage und anderen Zuschreibungen auseinandergesetzt wird und so alle laufend dazulernen. In allen Institutionen gibt es verlässliche und vertrauliche Monitoring- und Beschwerdestrukturen sowie regelmäßige externe Überprüfung. Alle Menschen lernen früh, gehört zu werden und anderen zuzuhören, solidarisch zu handeln und Verantwortung zu übernehmen.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* Menschenrechtsbildung ist Standard in Schulen sowie in Trainingseinheiten und Bildungsmaßnahmen bei Erwachsenen.

3. Gemeinschaft und Begegnung fördern

Politische Entscheidungsträger*innen in Kommunen und Ländern fördern das Zusammenleben. Sie schaffen Begegnungsräume im Alltag und fördern den öffentlichen Sozialbau. Mit dezentraler Unterbringung, offenen Quartieren, Nachbarschaftstreffs, Vereinen, Schulen und Kulturorten gibt es Gelegenheiten, sich kennenzulernen, Gemeinsamkeiten zu finden, Verantwortung zu teilen und zu wachsen.

▷ *Worüber wir jetzt reden wollen:* es werden Begegnungsorte für alle geschaffen und bei der kommunalen Stadtplanung priorisiert.

4. Selbstbestimmung und Eigeninitiative ermöglichen

Zivilgesellschaftliche Strukturen, lokale Initiativen und migrantische Selbstorganisationen entwickeln vor Ort vielfältige und lebendige Projekte als sinnvolle Investition in die Demokratie, ein friedliches Mit-

einander und die gemeinsame Zukunft. Wer das eigene Lebensumfeld mitgestalten kann, kann für sich sprechen und stärkt den Zusammenhalt vor Ort. Wer mitgestaltet, gehört dazu.

Worüber wir reden wollen: bedarfsgerechte und dauerhafte Finanzierung von Bundesprogrammen wie „Demokratie leben" und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt".

IFFF | DEUTSCHLAND
INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

IPPNW

IRAP
International Refugee Assistance Project

JRS
JESUIT REFUGEE SERVICE
DEUTSCHLAND

KOK
Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.

kiron

LSVD
Verband Queere Vielfalt

#LeaveNo OneBehind

Kabul Luftbrücke

MISSION LIFELINE
INTERNATIONAL

medica mondiale

misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

OMAS GEGEN RECHTS

ONLINE - BERATUNG
PENA-GER

PLAN INTERNATIONAL
Gibt Kindern eine Chance

RAB Germany

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.
RAV

RECHTS BERATER KONFERENZ

RSF
REPORTER OHNE GRENZEN

sea-eye

STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

SOS HUMANITY

SEEBRÜCKE

solidar

TERRE DES FEMMES

UNITED4 RESCUE
Gemeinsam Retten e.V.

VAFO
VERBAND AFGHANISCHER ORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND

YEKMAL

zukunftsforum familie e.V.

advd
Antidiskriminierungsverband Deutschland

aej
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend

MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.

ÄRZTE DER WELT

borderline-europe

BUNDESFACHVERBAND ZUR UNTERSTÜTZUNG VON MENSCHEN IN ABSCHIEBEHAFT

CAPTAIN SUPPORT

DGSF
Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie

EQUAL RIGHTS
Beyond Borders

GRUNDRECHTE KOMITEE.de
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

ijgd

JUMEN
Menschenrechte in Deutschland

medico international

Neue Richter*innenvereinigung

pax christi
Internationale Katholische Friedensbewegung

Save the Children

Sea-Watch.org

TERRE DES HOMMES
starke Kinder – gerechte Welt

LISTE DER 275 ERSTUNTERZEICHNENDEN ORGANISATIONEN

Bundesebene

- ACAT Deutschland e.V. (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter)
- #LeaveNoOneBehind
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
- Amnesty International
- Antidiskriminierungsverband Deutschland e.V.
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej)
- Ärzte der Welt e.V.
- Ärzte ohne Grenzen e.V.
- AWO Bundesverband e.V.
- borderline-europe Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
- Brot für die Welt
- Bundesfachverband zur Unterstützung von Menschen in Abschiebehaft (BUMAH) e.V.
- Bundesfachverband Minderjährigkeit und Flucht (BuMF) e.V.
- Bundeskonferenz der Migrant*innen-organisationen
- Bundesverband der Evangelischen Studierendengemeinden
- Bundesverband Psychosozialer Zentren. Versorgung nach Folter, Krieg und Flucht e.V.
- Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine e.V.
- Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
- Captain Support Network
- CVJM Deutschland
- Der Paritätische Gesamtverband
- Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF) e.V.
- Deutscher Frauenrat e.V.
- Diakonie Deutschland
- Die Rechtsberater*innenkonferenz
- ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights)
- Eltern gegen Rechts
- Equal Rights Beyond Borders
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
- GermanDream
- Handicap International e.V.
- HÁWAR.help e.V.
- Hirschfeld Eddy Stiftung
- International Refugee Assistance Project (IRAP)
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit e.V.
- Internationale Jugendgemeinschafts-dienste (ijgd) Bundesverein e.V.
- Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland
- JUMEN e.V. – Juristische Menschenrechtsarbeit in Deutschland
- Kabul Luftbrücke
- Kindernothilfe e.V.
- Kiron Open Higher Education gGmbH
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- LSVD+ – Verband Queere Vielfalt
- medica mondiale e.V.
- medico international
- Misereor e.V.

- MISSION LIFELINE INTERNATIONAL
- Neue Richter*innenvereinigung e.V.
- Ökum. Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V.
- OMAS GEGEN RECHTS Deutschland e.V.
- pax christi Deutsche Sektion
- Pena-Ger e.V. – Bundesweite Online-Beratungsstelle für Geflüchtete
- Plan International Deutschland e.V.
- PRO ASYL Bundesarbeits-gemeinschaft
- Reporter ohne Grenzen
- Republikanischer Anwältinnen – und Anwälteverein e.V. (RAV)
- Save the Children Deutschland
- Sea-Eye e.V.
- Sea-Watch e.V.
- SEEBRÜCKE
- SOLIDAR
- SOS Humanity e.V.
- Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus
- TERRE DES FEMMES e.V.
- Terre des Hommes
- Verband afghanischer Organisationen in Deutschland e.V. (VAFO)
- Verein der Eltern aus Kurdistan in Deutschland – Yekmal e.V.
- Zukunftsforum Familie e.V.

Landesebene

- Abschiebehaftberatung Nord
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
- Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz
- Arbeitskreis Palästina Schleswig-Holstein
- Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e.V.
- AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
- AWO Landesverband Thüringen e.V.
- Bayerischer Flüchtlingsrat
- BBZ – Berliner Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Geflüchtetete und Migrant:innen
- Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen
- Bildungsforum Lernwelten Minden
- Brückenbauer für Geflüchtete im Ev.-Luth. Sprengel Mecklenburg und Pommern
- Condrobs e.V.
- Der Kinderschutzbund Landesverband Sachsen e.V.
- Diakonie Bayern
- Diakonie Hessen – Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V.
- Diakonie in Niedersachsen
- Diakonie Mitteldeutschland
- Diakonie Pfalz
- Diakonisches Werk Baden
- Diakonisches Werk Bremen e.V.
- Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V.
- Diakonisches Werk Hamburg
- Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. – Diakonie RWL
- Diakonisches Werk Schleswig-Holstein Landesverband der Inneren Mission e.V.
- Don’t forget Afghanistan

- Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (KdÖR)
- Evangelische Kirche von Westfalen
- Evangelisches Asylbüro Stuttgart und Arbeitskreis Asyl
- Flüchtlingshilfe Iran e.V. 2010
- Flüchtlingsrat Brandenburg
- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.
- Flüchtlingsrat Berlin e.V.
- Flüchtlingsrat Brandenburg
- Flüchtlingsrat Hamburg e.V.
- Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
- Flüchtlingsrat NRW e.V.
- Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz RLP e.V.
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
- Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
- Gewerkschaft Erziehung und Wisssenschaft, Landesverband Hamburg
- Hessischer Flüchtlingsrat
- Initiativausschuss für Migrations-politik in Rheinland-Pfalzz
- Internationale Jugendgemeinschafts-dienste – ijgd, Landesvereine Berlin und Brandenburg
- Kurdische Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V.
- Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit NRW e.V. (LAG KJS NRW)
- Landesnetzwerk Migranten-organisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.
- Landespfarramt Migration/ Integration der EKBO
- Landesverband der Migrant*in-nenorganisationen – MigraNetz Thüringen e.V.
- lifeline Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
- Lothar-Kreyssig Ökumenezentrum | EKM
- LSVD+ Landesverband Saar e.V.
- Medibüro Berlin – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen
- Menschenrechte-Einundzwanzig e.V. / AKAD FM-FM
- Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V. (NTFN)
- Ökumenewerk der Nordkirche
- Ökumenisches Zentrum Berliner Missionswerk
- Paul Gerhardt Werk
- pax christi Regionalverband Rhein-Main
- PLANB Ruhr gGmbH
- PSB Flucht, Psychosoziale Beratung für Flüchtlinge, Diakonisches Werk
- Refugio Stiftung Schleswig-Holstein – für Überlebende von Verfolgung, Krieg u. Folter
- Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.
- Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
- SozDia Stiftung Berlin
- Sprungbrett Zukunft Berlin e.V.
- STATTwerke e.V.
- Vincent-Unterstützung für Menschen in Krisensituationen e.V.

- Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
- Zentrum ÜBERLEBEN gGmbH
- Zuflucht – Ökumenische Ausländer-arbeit e.V.

Lokale Ebene

- Aachener Netzwerk für humanitäre Hilfe und interkulturelle Friedens-arbeit e.V.
- AGIUA e.V. Migrationssozial- und Jugendarbeit
- AHF – AIDS-Hilfe Frankfurt e.V.
- AK ASYL der Ev. Kirchengemeinde Gütersloh
- AK Politik der Kölner Willkommensinitiativen
- Arbeitsgemeinschaft für die eine Welt e.V., Stuttgart
- ARBEITSKREIS ASYL der evangelischen Kirchengemeinde TRIBSEES
- Asylzentrum Tübingen e.V.
- Attac Regionalgruppe Essen
- Ausbildung statt Abschiebung (AsA) e.V.
- aussichtsreich e.V.
- AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.
- AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V.
- AWO Bezirksverband Württemberg e.V.
- AWO Kreisverband Burgenlandkreis e.V.
- AWO Bezirksverband OWL e.V.
- AWO Ortsverein Kronshagen
- AWO Kreisverband Magdeburg e.V.
- Bellevue di Monaco eG
- beratungsCentrum e.V. Monheim am Rhein
- BildungsForum Lernwelten Bonn
- Bremer JungenBüro e.V., Beratung für Jungen* und junge Männer*, die Gewalt erleben
- Bündnis »Neunkirchen für Vielfalt«
- Bündnis für Demokratie und Toleranz Schmalkalden
- Bündnis Norderstedt ist weltoffen
- Buntes Sülfeld
- CABL e.V. – Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig
- Café Zuflucht, Aachen
- CampusAsyl e.V.
- CEC-Connect e.V.
- Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge (CAF) e.V.
- Das BOOT gGmbH, Psychosoziales Zentrum Dresden
- Das Herzogtum bleibt nazifrei!
- Demokratie-Werkstadt-RE
- Dersim Gemeinde Köln e.V.
- Diakonie Düsseldorf
- Diakonie Lahn Dill e.V.
- Diakonie und Bildung im Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein
- Diakonisches Werk der Evang. Kirche Heidelberg
- Diakonisches Werk des Ev.-Luth. Kirchenkreises Dithmarschen
- Diakonisches Werk des Kirchenkreises Plön Segeberg
- Diakonisches Werk Herzogtum Lauenburg – Ev.-Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg

- Diakonisches Werk Husum gGmbH
- Diakonisches Werk im Kirchenkreis Aachen e.V.
- Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
- Diakonisches Werk Niederlausitz gGmbH
- Diakonisches Werk Region Kassel
- Diakonisches Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e.V.
- Diakonisches Werk Südtondern gGmbH
- DIE DIAKONIE – Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lübbecke e.V.
- DIE HEGGE – Christliches Bildungswerk e.V.
- Diözesanrat der Katholik*innen im Bistum Aachen
- ESTAruppin e.V.
- Ev.-Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg
- Ev. Kirchenkreis Cottbus
- Ev.-Luth. Kirchenkreis Plön Segeberg
- Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost, Bereich Bildung
- Evangelische Kirchengemeinde Gütersloh
- Evangelischer Kirchenkreis Berlin Süd-Ost
- Evangelisches Dekanat Groß-Gerau – Rüsselsheim
- fka – Freundeskreis Asyl Karlsruhe e.V.
- Flüchtlings- und Integrationshilfe Idstein e.V.
- Flüchtlingshilfe Bonn e.V.
- Flüchtlingshilfe Hamm e.V.
- Flüchtlingshilfe Lippe e.V.
- Flüchtlingshilfe Rechtes Weserufer – Hafenschule Minden
- Flüchtlingsrat Krefeld e.V.
- Flüchtlingsrat Oberhausen e.V.
- Flüchtlingsrat Paderborn e.V.
- Fluchtraum Bremen e.V.
- Förderverein Planerladen e.V.
- Frankfurter Rechtshilfekomitee e.V.
- Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA)
- Gemeinsame Diakonische Werke Rheinland-Süd gGmbH
- Hamburgasyl – AG kirchliche Flüchtlingsarbeit
- HELP e.V. (Erzgebirge)
- Henstedt-Ulzburger Bündnis für Demokratie und Vielfalt
- Hilfe für Menschen in Krisensituationen e. V.
- hpkj e.V.
- iBita – interkulturelles Bildungswerk Tannenbusch
- IFAK e.V. Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrations-arbeit
- Initiative Neue Nachbarn Rudolstadt
- Initiative Willkommen in KW
- Ja zu Migration
- Janusz Korczak humanitäre Flüchtlingshilfe e.V. – JKV
- Kölner Flüchtlingsrat e.V.
- Kulturzentrum Schlachthof Kassel
- Lernen fördern e.V. Kreisverband Steinfurt
- Lübecker Flüchtlingsforum e.V.
- Mädchenhaus Bremen gGmbH
- mAqom – Kirche und Zuflucht e.V.
- Medibüro Kiel e.V.

- MediNetz Bielefeld im AK Asyl e.V.
- Medinetz Essen e.V.
- Medinetz Leipzig e.V.
- Medinetz Rostock e.V.
- Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.
- Miteinander Ochtrup e.V.
- Mosaik Köln Mülheim e.V.
- Multikulturelles Forum e.V.
- Nürnberger Menschenrechtszentrum
- Ökumenische Flüchtlingshilfe Rhein-Ahr e.V.
- Ökumenisches Forum Flüchtlinge in Lippe
- OMAS GEGEN RECHTS Nortorf
- OMAS GEGEN RECHTS Recklinghausen
- OMAS GEGEN RECHTS Schwerin
- PaSo gGmbH
- Pro Regio gGmbH
- ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.
- Refugee Law Clinic Kiel e.V.
- Refugio e.V., Aachen
- Rom e.V. – Roma Selbstorganisation für Teilhabe Bildung und Kultur, Köln
- Rosa Hilfe Freiburg e.V.
- rubicon e.V.
- SC Aleviten Paderborn e.V.
- Schattenriss e.V. Fachberatungs-stelle gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen*
- schrankenlos e.V. Nordhausen
- SCI:Moers gGmbH
- Seebrücke Erfurt
- Seebrücke Minden
- Shahrzad e.V. Verein für gehörlose Geflüchtete und Migrant*innen
- SÖZ! Dortmund
- Streetwork Suchtberatungszentrum II
- Trägerkreis Familienzentrum Au e.V.
- Umwelt Technik Soziales e.V.
- Verein für Berliner Stadtmission
- Verein für Weiterbildung und Friedensarbeit e.V.
- Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in Hagen e.V.
- VMDO – Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.
- Weissenburg e.V.
- Willkommen in der Moselstraße
- Zentrale Bildungs- und Beratungs-stelle für Migrant*innen e.V. (ZBBS)
- Zentrum für Sozial- und Migrations-beratung der Evangelischen Gemeinde zu Düren
- Zib – Zusammen ist besser – Verein für Völkerverständigung Telgte e.V.
- Zweite Heimat e.V. Warburg

Weitere Unterzeichnung gewünscht?

Das Memorandum ist auf www.fluechtlingsschutz.de für weitere Zeichnungen offen und kann dort heruntergeladen oder als Druckexemplar bestellt werden.